

Saale-Beitung.

Wochenschriftlicher Jahrgang.

werden die 6 gepaltene Kolonien...

Erstein täglich primaal...

Schrittleitung und Druck-Verwaltung...

Bezugpreis... Die Halle verspricht...

Nr. 254.

Halle, Mittwoch, den 3. Juni

1914.

Die Angst vor der Mehrheit.

Das französische Ministerium Doumergue, das 51. seit...

Über die Mehrheit seit 1898 und 1914 ist nicht nur...

Und darin liegt die Bedeutung, welche diese neueste...

Zeit gemäß, radikal und radikallos nennen, die sich aber...

Doumergue selbst hat ja schon gesagt, daß er weder den...

Wir wollen nicht ohne weiteres annehmen, daß Viviani...

Behandlung allgemein literarischer Fragen das Band der...

Wohl sie ganz genau wissen, daß sie dann mehr denn vier...

Sozialdemokratie und Kaiserhof.

In der neuesten Nummer der Sozialistischen Monatshefte...

Der Verlust des „Vorwärts“, die Demonstration mit...

Seine Frage weiter, ob diese Demonstration zur Gewohnheit...

Mit Recht weiß er darauf hin, daß der kürzeste Entschluß...

Feuilleton.

50 Jahre Shakespeareana.

Auf ein halbes Jahrhundert Vereinsgeschichte kann heute...

Behandlung allgemein literarischer Fragen das Band der...

Diese beiden Ideale, erste literarische Arbeit und ungezwungene...

Der Festkommers der „Shakespeareana“, der gestern...

Attiven und Qualitäten die Anekdote. Die Emporen schmückte...

auserordentlich haben. Seine Wirt dabei dem Wortworts...
Aus Anlaß des Verbotes der Teilnahme von Schweizer...
Der Staat ist nicht empfangen könne, weil er am 8. April bei der Schließung des Landtags beim Ausbringen des Kaiserhofs sitzen geblieben sei.

Deutscher Lehrertag.

(Fortsetzung.)

Kiel, 2. Juni.

An das Sekretat Kerschensteiner (schloß sich eine längere Diskussion.)

Lehrer Wiggge (Aixern): Man darf den Gedanken der nationalen Einheitschule nicht mit allen möglichen anderen Problemen belastigen. Wenn wir das tun, wenn wir z. B. eine Differenzierung nach Talenten fordern, so machen wir die Durchführung der Einheitschule geradezu unmöglich. Sie ist aber durchführbar. Dabei muß jedoch die Volksschule den breiten Unterbau liefern und zur Ueberführung auf die höheren Schulen nötig sein. Das geistige und sittliche Kapital eines Volkes muß hier in die Volksschule gemessen werden. Wir haben aus nationalen und wirtschaftlichen Interessen die Einheitschule zu fordern; was aber national und wirtschaftlich notwendig ist, muß durchgesetzt werden.

Schulrat Scherer (Wienbad): Das religiöse Problem ist die Hauptfrage bei der Einführung einer Einheitschule. Der Lehrereverein hat die Aufgabe, diese Frage vor seinem Forum zu beraten. In jedem normalen und normal erzeugten Kinde ist eine religiöse Anlage vorhanden. (Beifall und Widerspruch.) Diese Anlage im Kinde müssen wir pflegen und entwickeln, das ist die Aufgabe der Schule. Die Schule hat aber keinen Beruf dazu, die bestimmt formulierten Auffassung einer Konfession zu pflegen, das ist Sache der religiösen Gemeinschaften. Die Schule hat lediglich ganz allgemeinen Religion zu lehren; dann können wir später mit religiösem Gewissen die Kinder den Konfessionen übergeben. Wenn wir nicht das Problem auf diese Weise lösen, bekommen wir keine Einheitschule und keinen freien Lehrertag.

Lehrer Polz (Weimar): Ich muß den Referenten in verschiedenen Punkten ablehnen. Das staatsbürgerliche Erziehungsziel des Referenten ist ein wandelbares, und jedes wandelbare Erziehungsziel muß abgelehnt werden. (Widerspruch.) Ferner ist die Begabungsschule, die der Referent fordert, nicht das Richtige. Was versteht der Referent unter Privatschulen, die von den Leuten unterhalten werden sollen, die es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können, die Moral- oder Religionslehre der Schule ihrer Kinder aufzuklopfen? Wo kommen wir da hin? Wir geraten in die beständigen Schwankungen hinein und übergeben die Kinder den konfessionellen Grundrissen ungerüstet. Wenn wir nach rein konfessionellen Grundrissen unterrichten, wenn wir die nationale Einheitschule wollen, müssen wir vor allem mit dem Katechismus brechen, der in unserem Vaterlande herrscht, und daß die deutsche Lehrerschaft dazu allein imstande sein wird, muß man bezweifeln. Die große Hauptfrage ist die der Religion in der Schule, und dazu gehört, daß die Macht des Ultramonianismus im deutschen Volke gebrochen wird. Dazu sind aber alle Kräfte im deutschen Volke nötig, das können wir allein nicht vollenden.

Stadtgericht Dr. Siedler (Mannheim): Die Natur hat nicht die Gleichheit, sondern die Verschiedenheit zum Gesetz gemacht. Man darf Differenzierungen schaffen, muß aber darauf achten, daß sie in gerechter Weise vorgenommen wird. Nicht nur die Art der Begabung, sondern auch die Quantität der Begabung muß berücksichtigt werden. Nach den Abgängen

erreichen nur 45 Prozent aller Schüler die oberen Klassen, die übrigen 55 Proz. bleiben auf der Strecke liegen. Alle die, welche nicht die Kraft haben, normal weiterzugehen, müssen besonders behandelt werden. Die Differenzierung, die wir heute durch die allgemeinen und die Hilfsschulen haben, ist zu gering. (Beifall.)

Prinatsogent Dr. Brahn (Leipzig): Es gibt 11jährige Schüler, die die Intelligenz von 7- und 8jährigen besitzen. Solche Kinder dürfen nicht mit anderen zusammen unterrichtet werden, wir müssen sie aussondern und zwar nach dem Intelligenzstand der Schüler an. Das brauchen nach keine Kinder zu sein, die eine Hilfsschule verlassen. Der Kreis der Kinder der Erziehung ist der, daß wir die Kinder aus der Volksschule gerade zu einer Zeit entfernen, in der sie zu denken anfangen und Lust am Denken bekommen. Daher muß gefordert werden, wenn nicht, daß die Schulpflicht um ein Jahr verlängert wird, so doch wenigstens die Verlängerung der Schulpflicht von 6. bis 14. und das 7. bis 15. Jahr.

In seinem Schlußwort trat der Referent Oberstudienrat Dr. Kerschensteiner

den Ausführungen verschiedener Redner entgegen. Vor allem denen von Polz (Weimar), der seine Ansicht nicht genügend, zum Teil gar nicht begründet habe. Dr. Brahn erwiderte er, daß er eine Verlängerung der Schulpflicht für Minderbegabte nur deshalb gefordert habe, weil bei einer Einheitschule ja ohne weiteres für die begabten Schüler schon georgt wäre. Der Referent ging zum Schluß auf die bayerischen Schulverhältnisse ein, die ein gut Stück auf dem Wege zur Einheitschule vorwärts gekommen seien. Der Vater ist, so führte der Redner aus, wie einmal ein lieber Kollege gesagt hat, „hiesig nur der Uebergang vom Vorkurs zum Werkstudium. Dadurch haben wir uns ein Schulwesen geschaffen, das nach der Richtung der Einheitschule hin seinen Weg gehen wird. Wenn jemand sagt, die Einheitschule sei nicht durchführbar, so gebe man ihm ein Freizeitlet nach Bayern, Österreich oder der Schweiz, wo er sich die betreffenden Einrichtungen ansehen kann.

Die Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen und sodann die Verammlung geschlossen.

Kiel, 2. Juni.

Die Vertreterversammlung des Deutschen Lehrer-Bundes hat als Ort der nächsten Tagungen Breslau für 1916 und Eisen u. d. Ruhr für 1918 gewählt.

Deutsches Reich.

Militärleistungen des Sandwerts.
Für den 16. Mai war der Vorstand der Sawitzelle für das Verbindungswesen des deutschen Sandwerts, in dem die Sandwertskammern Berlin, Hannover, Mannheim und Keitlingen vertreten sind, zu einer Besprechung in das Kriegsministerium geladen worden.

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen erfahren wir folgendes: „1. Die Seeresverwaltung ist nach besten Kräften bestrebt, das Handwerk zu stützen und zu fördern. 2. Eine ausführliche Berücksichtigung der ortsansässigen Handwerker kann nicht stattfinden, weil die Erhaltung gemacht worden ist, daß dies zum Schaden der Seeresverwaltung zu Ringbindungen geführt hat. 3. Die Seeresverwaltung will einen getunden Wettbewerb innerhalb des Handwerks fördern, sie hat keineswegs die Absicht, die Großbetriebe gegen die Handwerker auszuspielen. Naturgemäß können die Großbetriebe aber auch nicht ganz vom Wettbewerb ausgeschlossen werden. Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit wird die Anschaffung der Handwerker empfohlen. 4. Nur die Anfertigung eines Teiles der Geräte in den Strafmaschinen kann nicht verdrängt werden. 5. Ist notwendig, weil die Gefangenen beschäftigt werden müssen. 6. Die Seeresverwaltung erkennt an, daß es zur Erhaltung eines leistungsfähigen Handwerkersandes notwendig ist, die geleistete Arbeit angemessen zu bezahlen. In dieser Beziehung sind auch schon mehrere Verhandlungen an die nachgeordneten Dienststellen erangelt. 6. In Aussicht genommen ist die Abänderung der Vereinbarungsverordnungen, die sich möglichst den Bestimmungen des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten anschließen sollen.“

Der Chef des Militärkabinetts ist der mächtigste Mann im Deutschen Reich; niemandem ist er verantwortlich, als sein Tun spielt sich hinter den Kulissen ab; es entzieht sich der Kritik, die so unentwegend ist, je weiter sein Einfluß reicht. Das Militärkabinet in seiner Lösung vom Kriegsministerium ist die organisierte Kamakilla. Von der jeweiligen Verantwortlichkeit des Kabinettschefs hängt ihre größere oder geringere Verantwortlichkeit ab. So schreibt Abgeordneter Götze in parlamentarischen in einem Artikel der „Pfeife“ über „Militärkabinet und Verantwortlichkeit des Kriegsministers“.

Die Rüstungskommission wird in den nächsten Tagen wieder zusammenzutreten, um den wichtigsten Teil ihrer Arbeiten in Angriff zu nehmen, nämlich die Forderung von Sanftermaschinen und Geschützmaterial. Die leitenden Männer der beteiligten Industrien von Rupp und Chabardi sind zu dieser Sitzung eingeladen. Der Abg. Erbersberg ist Berichterstatter für das Artilleriematerial.

Die Reichseinnahmen an Zöllen und Steuern betragen im April dieses Jahres: 3816 504 813 (Schätzannahme 33 138 846) Marl. Labaksteuer 815 082 (673 321) Marl. Zigarettensteuer 4 009 814 (4 111 286) Marl. Zundersteuer 16 888 229 (12 807 980) Marl. Salssteuer 5 589 746 (4 579 457) Marl. Branntweinsteuer 17 424 245 (18 663 514) Marl. Schaumweinsteuer 580 884 (784 287) Marl. Weinsteuer 1 805 671 (728 026) Marl. Zinbarrensteuer 1 904 357 (1 580 674) Marl. Zinbarrensteuer 9 021 416 (9 021 700) Marl. Wechsellinien 1 797 438 (1 884 120) Marl. Stempel- und Gesellschaftssteuer 3 587 052 (9 745 057) Marl. Stempel von Wertpapieren 3 545 481 (3 607 888) Marl. Talonsteuer 605 514 (493 789) Marl. Stempel von Kauf- und sonstigen Anschaffungen 1 292 412 (1 318 758) Marl. Zigarettensteuer 1 072 432 (1 094 318) Marl. Zigarettensteuer 606 510 (1 496 786) Marl. Schenksteuer 231 526 (236 251) Marl. Großschätzsteuer 2 982 807 Marl.

Die „Staatsbürger-Zeitung“, die letzte Säule des Berliner Antisemitismus, wird am 30. Juni ihr Erscheinen als Berliner Tageszeitung einstellen. Wie mitzuteilen wird, soll verlegt werden, sie als Wochenchrift weiterzuführen, doch steht dies noch nicht fest.

Kof- und Paronolnachrichten.

Eine Verlobung im Hause Hofstein. Wie aus Bruch (Wald) gemeldet wird, hat am Dienstag in Grünholz, die Verlobung des Grafen Friedrich zu Solms-Baruth, des ältesten Sohnes des Fürsten zu Solms-Baruth, mit der Prinzessin Wdcheld u. Schleswig-Holstein in Conderburg-Glücksburg stattgefunden. Prinzessin Wdcheld, die jetzt im 28. Lebensjahre steht, ist die vierte Tochter des Herzogs Friedrich Ferdinand zu Schleswig-Holstein. Ihre älteste Schwester Viktoria Adelheid ist mit dem Herzog Karl Edward zu Coburg-Gotha verheiratet, während ihre zweit-

älteste Schwester Alexandra Viktoria die Gemahlin des Prinzen August Wilhelm von Preußen ist. Graf Friedrich zu Solms-Baruth ist geboren am 25. März 1886 und ist der älteste Sohn des Fürsten Friedrich zu Solms-Baruth. Er ist Lieutenant à la suite der preussischen Armee.

Kunz Tod des Oberpräsidenten Schwarzkopf. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der Reichsfiskus Dr. v. Weismann Heilwig hat an den Bruder des verstorbenen Oberpräsidenten Hrn. Schwarzkopf, Rittergutsbesitzer Schwarzkopf auf Hölle bei Altmünde, folgenden Bescheid erlassen: „Schwarzkopf bewegt durch die Nachricht von dem plötzlichen Ableben Ihres und mir aufrichtig betrauerter Herr Bruder spreche ich Ihnen und den übrigen Hinterbliebenen meine wärmste Teilnahme aus. In dem so früh Dahingegangenen erleidet der königliche Dienst einen schweren Verlust. Ueber die Grenzen der ihm anvertrauten Provinz hinaus wird der ausgezeichneten Geistes- und Charaktereigenschaften des Verstorbenen, seiner in den mannigfaltigen Aemtern bewährten, in menschlichen Begabung und seiner geminnenden Herzengüte stets in Ehren gedacht werden.“ Der Reichsminister und Ministerpräsident hat den Geheimen Oberregierungsrat v. C. H. a. n. n. beauftragt, ihn bei der in Polen stattfindenden Trauerfeier zu vertreten und am Gange einen Kranz niederzuliegen.

Ausland.

Die Vermittlungsaktion im amerikanisch-mexikanischen Konflikt

kann als gescheitert betrachtet werden, weil die Washingtoner Regierung Carranzas Vorgehen unterstützt, während die Friedensvermittlung darauf besteht, daß zuerst der Waffenstillstand abgeschlossen werden müsse. Es gehen Gerüchte aus, daß die Familie Huerta gelassen sei. Ein Student habe ein Attentat auf Huerta verübt, das jedoch misslungen sei. Der Leiter sei erschossen worden.

Die Revolution in ganz Mexiko wird immer größer. Tausende von Freiwilligen sind aus Salsilla in Vera Cruz eingetroffen. In San Luis Potosi herrschen große Hungersnot und Wassermangel. Oroco, ein Sohn des Hauptführers in der Rebellion gegen Huerta, der bekanntlich von Japan ermordet worden ist, und Carranco sind als Führer irregulärer Truppen auf Mexiko Vilas flüchtiger worden. Sieben Studenten der Oberstufe in der Stadt Mexiko, Kanada im Alter von 15 bis 17 Jahren, sind in Santa Julia, einem Vorort der Hauptstadt, erschossen worden. Die Tat hat in ganz Mexiko große Aufregung hervorgerufen. Der Schluß des mexikanischen Kongresses, der am Sonnabend in geheimer Sitzung bis 2 Uhr nachts getagt hat, ist um zehn Tage hinausgeschoben worden, und Huerta macht die ärgsten Anstrengungen, um auf seinem Präsidentensessel zu verharren. So greift er neuerdings zur Volksbewaffnung.

Von der Waffenladung der deutschen Schiffe „Bavaria“ und „Ayrnaga“ in Puerto Mexiko hat die mexikanische Seeresverwaltung Kenntnis und Gewahr zu haben, worüber die Besatzung der deutschen Schiffe berichtet hat. Die Besatzung des ganzen Gebietes bis zur Hauptstadt Mexiko ist jetzt gut bewaffnet.

Zugzwang erfolgte ein Deutscher Protest gegen die Besetzung der Japan-Dampfer. Der deutsche Botschafter in Washington hat Protest eingelegt gegen die Besetzung, die den deutschen Dampfern „Ayrnaga“ und „Bavaria“ für die Befreiung der Inseln Mexiko aufzulegen wurde. Der deutsche Botschafter erklärte, daß die Besetzung von der mexikanischen Regierung ausgegangen sei, die von Deutschland schon seit langem anerkannt ist. Die Vereinigten Staaten hätten infolgedessen kein Recht zur Intervention.

Ein neuer Schlag gegen den Fürsten Wilhelm. Durango, 3. Juni.

Die Einnahme von Krüja durch die Aufständischen ist erfolgt. Nachdem diese die Stadt angegriffen hatten, zogen sich die fürstlichen Behörden und 55 Genarmen nach kurzen Feuertreffen in die Festung zurück, wo sie belagert wurden. Ein neuer Kampf hat nicht stattgefunden. Die Belagerer sind von einem Teil der Seeresverwaltung abgesehen. Die Behörden sowie 30 Genarmen, denen freier Abzug gestattet worden ist, sind unbeschädigt nach Durango gelangt.

Kaiser Franz Josephs Gesundheitszustand ist so portrefflich, daß er den österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza in längerer, besonderer Audienz empfangen konnte. Wie es heißt, hat die Konferenz im Zusammenhang mit der Reorganisation des Reiches ergebnlos geendet.

Die Ankunft des Jaren in Konstantza erfolgt wie jetzt endgültig feststehend, am 14. d. M. Der Jar trifft mit der Jarin und ihren Kindern an seiner Fest-Standard, begleitet von einem Teil der Schwarzenarmee. Ein König Karl und die gelamte königliche Familie führt der kaiserlichen Familie zur Begrüßung nach Konstantza entgegen. Prinz Karl trifft, aus Berlin kommend, ebenfalls hier ein. Es verlautet, daß bei dieser Gelegenheit die Verlobung des Prinzen Karl mit der ältesten Tochter des Jaren stattfinden wird. Die königliche Familie begibt sich bereits am Freitag, den 6. Juni, nach Konstantza.

Der 79. Geburtstag des Papstes. Am Dienstag, dem 79. Geburtstag des Papstes Pius X., sind aus allen Teilen der Welt Glückwunschtelegramme in Rom eingetroffen. Der Papst beging den Tag in voller Körperlicher und geistiger Frische.

Die französische Ministerkrisis dürfte, das ist der allgemeine Eindruck in Paris, sehr schwer zu lösen sein. Allerdings hofft man, daß es gelingen werde, ein ausgesprochen linksseitiges, bürgerliches Kabinet zu bilden, das aber, weil es an der dreijährigen Dienstzeit und aus sonst in den wichtigsten politischen Fragen an der Abstinenz des gegenwärtigen Ministeriums festhalten müßte, wiederum von Sozialdemokraten nicht unterstützt würde, die es nicht zuzulassen würden, ihm bei nächster Gelegenheit ein Bein zu stellen. Die Krisis hat bereits eine neue Folge in Gestalt der Auflösung der Briand-Gruppe eingeleitet. Der leitende Ausschuss des Bundes der Frauen-Gruppen beschloß nach einem lebhaften Gedankenaustausch zwischen Millerand, Briand, Erdos, Klotz und sich nicht zu erneuern. Das ist also das Ende des großen Gedankens der Herren Briand, Barthou und Goussien. Sie hatten im vergangenen Jahre eine Umfraktionierung der Parteien, den Aufbau einer starken republikanischen Zentrumgruppe in der Kammer, die Zusammenfassung aller gemäßigten republikanischen Elemente zu einer zuverlässigen Regierungsmehrheit geträumt. Aber die Herr-

